PB.S-01-095

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG KInder Jugend Familie
Beschlussdatum:	24.04.2021

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 94 bis 96 einfügen:
Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen und geistigen Behinderungen werden bisher nicht im Rahmen der Kinder- und jugendhilfe, sondern in einem eigenen Sozialgesetzbuch für Menschen mit Behinderungen geregelt. Das grenzt aus. Mit einem

Von Zeile 102 bis 103 einfügen:
Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden. Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe. Um ihnen dies zu ermöglichen, setzen wir uns dafür ein, dass sich die Einrichtungen des Bildungssystems für die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung öffnen. Dazu ist eine entsprechende Verbesserung der Infrastruktur ebenso notwendig wie der Einsatz von Fachkräften mit einer sonderpädagogischen Ausbildung. Aber nicht nur der Abbau von äußeren Barrieren fördert den Teilhabeprozess, entscheidend ist auch der Abbau von Barrieren in unseren Köpfen, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu realisieren. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden

Begründung

Die bisherige Formulierung alleine wäre nicht mehr zeitgemäß. Die Grüen haben gerade im Bundestag der Änderung des SGBVIII zugestimmt um u. a. den Weg zur Inklusion zu öffen. Wir betoen aber auch, dass es für noch vie zu tun gibt, die grüne Forderung nach Bundessmodellprogrammen gehört dazu. Das sollte auch im Wahlprogramm sichbar sein.